

Die indische Innenpolitik im Berichtsjahr

Betz, Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Betz, J. (2001). Die indische Innenpolitik im Berichtsjahr. *Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 25-35. <https://doi.org/10.11588/ijb.2001.0.1245>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:16-ijb-12456>

Die indische Innenpolitik im Berichtsjahr

von
Joachim Betz

Die indische Innenpolitik war im Berichtsjahr von fortgesetzten Friktionen zwischen der dominanten Regierungspartei und ihren kleineren Koalitionspartnern sowie zwischen ersterer und ihren radikalen Vorfeldorganisationen bestimmt. Diese reichten aber an Schärfe nicht an die Auseinandersetzungen des Vorjahres heran. Außerdem waren ebenfalls eher moderate Konflikte in der wichtigsten Oppositionspartei und eine langsame, durch Unterbrechungen gekennzeichnete Entspannung der Lage in Kaschmir zu verzeichnen. Diese war ein Reflex zunehmender Kriegsmüdigkeit und internationalen Druckes auf Indien und Pakistan, das Ihre zur Entspannung der Lage in diesem Unionsstaat beizutragen.

1 Friktionen im Regierungslager

Zu Beginn des Jahres 2000 rief vor allem die Ankündigung einer geplanten Verfassungsreform durch die Regierung politische Aufregung hervor. Premierminister Vajpayee setzte eine Kommission (unter Führung eines vormaligen obersten Bundesrichters) ein, die prüfen sollte, wie die Verfassung am besten den veränderten politischen und sozialen Umständen in Indien angepasst werden könne, ohne allerdings ihre Grundstruktur zu verändern. Diese Neuigkeit elektrisierte die politische Klasse auf allen Seiten. Opponenten sahen darin den finsternen Versuch, die versteckte Agenda der Bharatiya Janata Party (BJP) über eine andere Verfassung durchzusetzen bzw. diese zu „safranisieren“, und selbst der Staatspräsident warf die Frage auf, ob nicht statt der Verfassung die

Politik geändert werden müsse. Ziel der Revisionsbestrebungen war es unter anderem, die Balance zwischen Zentrum und Unionsstaaten zugunsten Letzterer zu verändern, daher den Artikel 356 (Direktverwaltung) abzuschaffen oder zu modifizieren, den Unionsstaaten finanzielle Autonomie zu verschaffen, ein konstruktives Misstrauensvotum (nach deutschem Muster) einzuführen und einen Wechsel zu einem semipräsidentiellen Regime zu gewährleisten. Darüber hinaus wurde argumentiert, die alte Verfassung habe es nicht geschafft, Armut und Unterentwicklung zu beseitigen. Die Oppositionsparteien sahen in dem Versuch, die Balance zwischen Zentrum und Unionsstaaten zu verändern, das durchsichtige Bestreben, das Leben der stark von den Regionalparteien abhängigen Allianz zu verlängern. Die geplante Einführung eines konstruktiven Misstrauensvotums sollte offensichtlich die Stabilität der Regierungsführung erhöhen und den kleinen Parteien häufige und teure Wahlgänge ersparen.

In die Zeit dieser Debatte fiel auch die vergleichsweise unglücklich verlaufende Beendigung des Dramas um ein in Kandahar durch kaschmirische Terroristen entführtes Flugzeug, mit Hilfe dessen Gesinnungsgenossen freigesprengt werden sollten. Nach anfänglich starken Worten der Regierung, dem Druck nicht nachgeben zu wollen, und bei insgesamt zögerlicher Reaktion, wurden die geforderten Häftlinge dann doch freigelassen, ein Ereignis, das insbesondere die Stellung Innenminister Advanis bei den hinduradikalen Vorfeldorganisationen schwächte. Die Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) distanzierte sich bei ihrer Tagung in Gujarat Ende Januar vom Management der Flugzeugentführung durch die Regierung und propagierte zur Kompensation einen harten Kurs in Fragen der nationalen Sicherheit. Es ist nicht weit hergeholt, wenn man der Regierung bei drei nachfolgenden Vorgängen entsprechendes Zurückweichen vor den Radikalen unterstellt. Beim ersten ging es um die in Varanasi begonnenen Dreharbeiten zu einem Film, der die Lebensbedingungen indischer Witwen in den 30er Jahren zum Inhalt hatte. Im Inhalt des Films, den sie allerdings gar nicht zur Kenntnis genommen hatten, meinten einige kulturelle Organisationen aus dem Dunstkreis der BJP eine Rufschädigung des Hinduismus zu erkennen. Der BJP-Chefminister von Uttar Pradesh setzte sich alsbald für einen Abbruch der Dreharbeiten mit dem Argument ein, er könne sonst nicht mehr für Ruhe und Ordnung garantieren. Tatsächlich verließ das Team daraufhin die Hauptstadt des Bundesstaates. Dort attackierten RSS-Aktivisten am Valentinstag Geschäfte, die Geschenke für diesen Tag offerierten, und Liebespaare, die sich nach Meinung der Aktivisten verwestlichter Liebe hingaben. Anfang Februar wurden Pläne der BJP-Regierungen in Gujarat und Uttar Pradesh bekannt, das Verbot für öffentlich Bedienstete aufzuheben, sich an den Aktivitäten der RSS zu beteiligen. Diese Organisation, die sich noch im November zurückgehalten hatte und von der Regierung

nur verstärkte Bemühungen um nationale Sicherheit, die Unterstützung der Kleinindustrie und Wohlfahrtsprogramme für die Stammesangehörigen gefordert hatte, begann nun das gesamte wirtschaftliche Programm der Regierung in Zweifel zu ziehen.

Auch in den beiden wichtigsten Oppositionsparteien zeigten sich im Vorgriff auf die Landtagswahlen am 28. Februar Turbulenzen. Das Politbüro der Kommunistischen Partei (CPI-M) hatte im Dezember 1999 den Antrag des 86-jährigen Chefministers von Westbengalen, Jyoti Basu, zurückgewiesen, in den wohl verdienten Ruhestand zu treten. Die Partei verfügte einfach über keinen integrationsfähigen Nachfolger, der zudem die linken Koalitionspartner bei der Stange hätte halten und den weiteren Vormarsch von Mamata Banerje und ihres Trinamool Congress hätte aufhalten können. Ende Januar verlangten Dissidenten in der Kommunistischen Partei mehr Transparenz und innerparteiliche Demokratie. Sie wurden zwar gemaßregelt, hatten aber offenkundig die Sympathie des Chefministers. Auch in der Kongresspartei sank die Stimmung bei Herannahen der Landtagswahlen, zumal Prognosen deutlich machten, dass sie auch diese verlieren würde. Sonia Gandhi wählte denn auch, um sich weniger verwundbar zu machen, die Kandidaten nicht mehr selbst aus und entledigte sich teilweise ihrer bisherigen persönlichen Berater. Dennoch stieg das Unbehagen in der Partei über ihre Führung, gebremst allerdings auch hier durch die Tatsache fehlender Alternativen.

Bei den Regionalwahlen in Bihar, Orissa, Haryana und Manipur mussten sowohl die BJP wie die Kongresspartei Federn lassen. Wie schon bei den Unterhauswahlen, gingen die Regionalparteien als eigentliche Sieger aus dem Wahlgang hervor. Erwartungsgemäß verlor die Kongresspartei in Orissa deutlich, wo sich die von ihr geführte Regierung durch besonderes Versagen bei der Bewältigung der Sturmschäden ausgezeichnet hatte, insbesondere bei der Versorgung und Entschädigung der Obdachlosen. Die neue Landesregierung wurde von einer Koalition aus BJP und Biju Janata Dal bestellt, deren Führer Naveen Patnaik auch den Posten des Chefministers erhielt. Überraschend gut hielten sich die Kongresspartei und insbesondere die bisherige Regierungspartei Rashtrya Janata Dal unter ihrer Chefministerin Rabri Devi in Bihar. Der offenkundig parteiische Gouverneur betraute dennoch die oppositionelle BJP mit der Regierungsbildung, obwohl diese über keine glaubwürdige Chance zur Mehrheitsbildung verfügte. Als sich nach der Kongresspartei auch noch die Kommunistische Partei auf Seiten Rabri Devis schlug, war das Intermezzo Chefminister Nitish Kumars schnell beendet. Rabri Devi bestand kurz darauf die Vertrauensabstimmung mit großer Marge, die Kongresspartei beteiligte sich an der Koalition, nicht aber ohne der Regierung einen Überwachungsausschuss beizugeben.

Anfang März erlitt die zentrale Koalitionsregierung eine weitere Niederlage, als sie die Regierung von Gujarat unter Druck setzen musste, das aufgehobene Verbot für Beamte, sich als RSS-Aktivisten zu betätigen, wieder einzuführen. Dieser Schwenk wurde nötig, weil die Kongresspartei eine Diskussion über diesen Vorgang im Unterhaus (mit großer Aussicht auf Erfolg) erzwingen wollte und die Allianz befürchten musste, dass nicht alle ihre Partner ihr bei der Abstimmung beistehen. Der psychologische Schaden dieser Niederlage war beträchtlich, wurde sie doch von der Kongresspartei als Sieg der säkularen Kräfte dargestellt.

2 Innerparteiliche Konflikte

Die Kongresspartei konnte sich freilich dieses Triumphes nicht sehr lange erfreuen. Obwohl ein Ausschuss zur Untersuchung des Wahldebakels der Partei bei den Unterhauswahlen Sonia Gandhi und die restliche Führung der Partei von aller Schuld frei gesprochen hatte, zeichneten sich dennoch weitere Erosionserscheinungen ab: Bei der Besetzung der Mandate im Oberhaus stimmten die lokalen Abgeordneten der Kongresspartei in Westbengalen für den Kandidaten des gegenereischen Trinamool Congress (TC); später geschah Ähnliches mit Kandidaten in Uttar Pradesh und Orissa. Die Parteiführung ließ überdies bei wichtigen politischen Problemen Konsistenz vermissen, etwa als im Vorfeld des Staatsbesuches Präsident Clintons reichlich widersprüchliche Statements zur indischen Nuklearpolitik abgegeben wurden oder bei der weiteren Unterstützung der Wirtschaftsreformen durch die Partei. In Westbengalen versuchte Sonia Gandhi die Situation dadurch zu entspannen, dass sie der lokalen Gliederung der Kongresspartei Verhandlungen mit dem TC zur Bildung einer großen Allianz erlaubte, gefolgt wiederum von der Vorgabe harter Bedingungen für die Bildung einer solchen Allianz. Parallel setzten lokale Satrapen ungerührt ihre Bemühungen um Wahlabsprachen bei den Landtagswahlen fort. In etlichen Landeseinheiten der Partei intensivierten sich Faktionskämpfe, bei denen es im wesentlichen nur um die Besetzung der Führungspositionen ging, nicht aber um programmatische Konflikte. Schon lange vor der anstehenden Neubesetzung des Parteivorstandes im Oktober versuchte die Parteiführung, durch strategische Platzierung der Anhänger von Sonia Gandhi ihre Wahlchancen zu erhöhen, erwuchs ihr doch einigermaßen ernst zu nehmende Konkurrenz durch Jitendra Prasad und Rajesh Pilot. Letzterer kam allerdings im Juli bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

Trotz dieses für sie „glücklichen“ Zwischenfalles waren die politischen Berater von Sonia Gandhi panisch bemüht, mögliche Hindernisse für ihre Wiederwahl als Präsidentin zu beseitigen. Die Liste der Delegierten wurde ausge-

siebt, die Wahlen für den Vorstand der Unionsstaaten erst einmal verschoben – um den Aufbau möglicher Konkurrenten zu behindern –, und Sonia Gandhi wurde zu ausgedehntem Massenkontakt bei diversen Besuchstouren genötigt. Jitendra Prasad ließ sich trotz massiven Einsatzes der Parteimaschinerie nicht von einer Gegenkandidatur abschrecken. Die Wahlen Mitte November führten zu einem totalen Triumph der Parteipräsidentin, ihr Opponent konnte nur knapp über 1% der Stimmen auf sich ziehen.

Die BJP konnte die internen Zerwürfnisse der Kongresspartei nicht nutzen, weil sie selbst – nach einem gewissen Stillhalten ihrer Vorfeldorganisationen – wieder in den Strudel interner Auseinandersetzungen geriet. Mitte März wurde mit Kupahilli Sudarshan ein Falke als neuer Führer der RSS bestellt, der gleich nach seiner Wahl verlangte, dass sich die BJP von wirtschaftspolitischen Beratern allzu liberaler Einfärbung befreie und sie durch Wirtschaftswissenschaftler „gandhianischer“ Richtung ersetze. Die Globalisierung der indischen Wirtschaft nutze nur den transnationalen Konzernen. Zudem verlangte man, Art. 370 der Verfassung (Autonomiestatut für Kashmir) ersatzlos zu streichen. Auch in der völlig überalterten BJP-Spitze selbst stand ein Wechsel an. Zunächst schien es, als würde der bisherige Vizepräsident Krishnamurti Präsident Thakre im Amte nachfolgen. Sein ebenfalls hohes Alter und seine mangelhaften Hindikenntnisse sollten sich aber als Nachteil herausstellen. Der Premierminister und Kulturminister Joshi setzten sich erfolgreich für eine personelle Verjüngung ein. Mit Bangaru Laxman gelangte zum ersten Mal ein Dalit und ein Sünder an die Spitze der Partei. Er verfügte als Gewerkschaftler nur über eine bescheidene Hausmacht, sah sich aber der großen Herausforderung gegenüber, der wachsenden innerparteilichen Disziplinlosigkeit ein Ende zu bereiten. Diese hatte ihre Ursache erstens im starken Wachstum der Mitgliedschaft, erheblichen Divergenzen zwischen Neumitgliedern und Altkadern und zweitens in der zwangsläufig sich einstellenden Entfremdung zwischen Amtsträgern in der Regierung und Massenanhängern, kurzum im langsamen Wandel der BJP von einer Programm- und Kaderpartei zu einer „catch-all party“. Mit dieser Entwicklung war auch ein stetiger Zerfall der einstmals vorbildlich wohlorganisierten Parteistrukturen verbunden, insbesondere die massenhafte faktische Auflösung lokaler und regionaler Parteibüros.

Die innerparteilichen Konflikte eskalierten nach der Wahl des neuen BJP-Präsidenten erneut, als dieser schon einen Monat später (Anfang September) verlangte, dass sich die Partei den Muslimen stärker öffnen müsse, damit diese nicht dauerhaft von anderen Parteien als Stimmenbank genutzt werden könnten. Dieses Begehren traf auf Widerstand hartgesottener BJP-Aktivistinnen und ihres radikalen Vorfeldes, die der Regierung „Appeasement-Politik“ gegenüber den Muslimen vorwarfen und wähten, die Regierung werde noch als

Juniorteam der Kongresspartei enden. Konflikte um den rechten wirtschaftspolitischen Weg wurden auf der nationalen Exekutive der Partei im September ausgetragen, wo hauptsächlich die Fortsetzung der Liberalisierung kontrovers diskutiert wurde. In einer vorsichtig ausbalancierten Schlussresolution wurde „Swadeshi“ weiter als Leitprinzip der Wirtschaftsentwicklung festgehalten, diese als dritter Weg ausgelobt, der vor allem zu einer Stärkung von Landwirtschaft und Kleinindustrie führen solle.

Auch die Kommunisten wurden weiter vom Wind des Wandels ergriffen: Auf einer Sondersitzung Ende Oktober nahm die CPI-M zum ersten Mal seit 1964 ein neues Programm an. Zwar fielen die Änderungen nicht sehr radikal aus, immerhin wurden aber zum ersten Mal ein Vielparteiensystem gebilligt sowie die Privatwirtschaft und die Präsenz ausländischer Unternehmen (allerdings nur in ausgewählten Sektoren). Indirekt wurde sogar die Überlegenheit des Marktes gewürdigt. Der demokratische Zentralismus als innerparteiliches Leitprinzip wurde aber nicht in Frage gestellt. Als Ursache dieses ideologischen Wandels muss neben dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten (der im Denken der indischen Kommunisten einen sehr späten Niederschlag fand) die Machtübernahme einer zumindest in Teilen hindunationalistischen Koalition gesehen werden. Freilich stellten sich auch etliche Altkader dem Wandel entgegen und versuchten ihn als bloßen Ausfluss von Machtinteressen (= Teilhabe an einer künftigen Zentralregierung) bloßzustellen. Die Parteiführung um Jyoti Basu und Generalsekretär Surjeet setzte sich allerdings relativ problemlos durch. Ihr Motiv bei der Förderung programmatischen Wandels war wohl in der Tat, die Chance zu einer Regierungsbeteiligung (in einer neuen dritten Front) offen zu halten.

Die Regierungsarbeit, die sich seit den letzten Wahlen auf eine sichere Mehrheit stützen konnte, verlor in der zweiten Jahreshälfte sichtbar an Schwung. Sie profitierte am meisten von der Schwäche ihrer Opponenten. Anfang Oktober machte sich die eigenwillige Anführerin des Trinamool Congress, Mamata Banerjee, schon bislang eine schwierige Koalitionspartnerin, mit Demissionsabsichten bemerkbar. Anlass war die kurz zuvor erfolgte Anhebung der Preise für Ölprodukte, die angesichts der gestiegenen internationalen Ölpreise unvermeidlich war. Bald danach braute sich neues Unheil zusammen. Angesichts der Tatsache, dass gegen drei Minister der Regierung polizeiliche Untersuchungen wegen ihrer Beteiligung (Ende Dezember 1992) an der Zerstörung der Moschee in Ayodhya angelaufen waren (und ein Gericht sie prima facie für mitschuldig befand), forderte die Kongresspartei Anfang Dezember den Rücktritt dieser Minister. Als der Premierminister wenig später – unter Druck radikaler Vorfelddorganisationen – die Bewegung zum Bau eines Tempels auf dem Gelände der zerstörten Moschee als Ausdruck nationalen Gefühls feierte,

brachte die Kongresspartei, sekundiert bereits von einigen kleineren Regionalparteien, einen Misstrauensantrag gegen ihn und die drei oben genannten Minister ein. Der Antrag wurde zwar zurückgewiesen, Mamata Banerjee und die Führung der Telugu Desam Party forderten den Premier aber nachdrücklich auf, sein kontroverses Statement zurückzunehmen. Um die Jahreswende machte der Premierminister denn freilich seinem radikalen Anhang klar, dass seine Äußerung keinesfalls ein Freibrief sei, unter Verletzung gerichtlicher Anordnungen nun mit dem Bau eines Tempels zu beginnen. Diese hielten relativ unbeeindruckt an einem sehr frühen Bautermin fest.

3 Die Entwicklung in den Unionsstaaten

Die regionalen/religiösen Konflikte in Indien hielten sich im Jahr 2000 im Rahmen. Leider setzten sich die Anschläge auf christliche Einrichtungen fort. Im April führten Attacken auf die christliche Minderheit in Uttar Pradesh und Haryana zur Forderung der Opposition nach einem Verbot der Bajrang Dal (einer Vorfeldorganisation der BJP) und zur Entlassung der Landesregierung von Uttar Pradesh. Allein im Juni ereigneten sich 36 einschlägige Vorfälle, darunter Bombenanschläge auf etliche Kirchen und die Ermordung zweier Geistlicher. Wie üblich behandelten Polizei und Verwaltung diese Akte eher dilatorisch und unter der Rubrik Kriminalität. Der Innenminister erklärte die Vorfälle als Werk antiindischer und nicht etwa kommunaler Elemente. Antrieb dieser Attacken waren nach wie vor Befürchtungen radikaler Hindugruppen, christliche Gemeinden hätten beachtliche Erfolge bei der Konversion niedrigkastiger Hindus erzielt. Auf kritische Äußerungen des amerikanischen Botschafters und vor seiner Reise nach Rom sah sich Premierminister Vajpayee schließlich doch veranlasst, sich so deutlich wie nie zuvor gegen die Ausschreitungen von Hindufanatikern zu äußern. Er forderte alle betroffenen Landesregierungen auf, die Vorfälle rasch zu untersuchen und die Täter vor Gericht zu bringen. Als Gegenleistung verzichteten die kirchlichen Institutionen auf einen Anfang Juli vorgesehenen „schwarzen Tag“ des Protests.

Ende Juli wurde nach langen Vorgeplänkeln endlich das Gesetz zur Schaffung dreier neuer Unionsstaaten (Chhattisgarh, Uttaranchal und Jharkhand) im Parlament eingebracht. Die vier neuen Staaten werden aus den bisherigen, großen Unionsstaaten Madhya Pradesh, Uttar Pradesh und Bihar herausgeschnitten und werden eine hohe Konzentration von Stammesangehörigen aufweisen. Der Zuschnitt der neuen Unionsstaaten blieb kontrovers (eine Vielzahl wirtschaftlicher und parteipolitischer Kriterien waren zu berücksichtigen), die diesbezügliche Informationspolitik der Regierung war alles andere als offen. Linke Parteien, die das ganze Projekt ablehnten, verließen während der De-

batten das Parlament. Diese Parteien und die Regierungspartei in Bihar waren es denn auch, die allein die Verabschiedung des Gesetzes ablehnten, die Kongresspartei, die BJP und die CPI-M machten sich dagegen zum Fürsprecher der Stammesangehörigen.

Bei den Konflikten in den einzelnen Bundesstaaten waren hauptsächlich vier bemerkenswert. Der minder wichtige betraf die Ablösung des Chefministers von Uttar Pradesh, Ram Prakash Gupta, Ende Oktober durch Rajnath Singh, den bisherigen Transportminister des Bundes. Gupta war erst im Januar eingesetzt worden und hatte als Angehöriger einer Minderheitskaste (die im Bundesland in Rivalität zu den Brahmanen steht) seinen Anhang bei den Unterkastigen auszuweiten versucht, indem er die öffentlichen Arbeiten zugunsten dieser Gruppe, die von seiner Vorgängerin begonnen worden waren, wieder aufnehmen ließ. Ansonsten zeichnete sich seine Regierung durch internes Gerangel um Ministerposten und Passivität aus, insbesondere hinsichtlich der in diesem Staat darniederliegenden Wirtschaft. Seine Ablösung war durch die bevorstehenden Lokalwahlen bedingt, bei denen die BJP eine weitere Niederlage befürchten musste. Diese Befürchtung sollte sich Ende Juni auch bewahrheiten. Dazu kam, dass die BJP-Mehrheit im Land durch die Herauslösung des neuen Bundesstaates Uttaranchal ohnedies reduziert worden war. Es wurde auch befürchtet, dass Gupta den Anhang der Partei bei den in Uttar Pradesh starken niedrigen Kasten weiter dezimieren würde.

In Westbengalen begannen im April Verhandlungen zur Bildung einer großen Koalition (zwischen der lokalen Kongresspartei, dem Trinamool Congress und der BJP), um den regierenden Linksparteien bei den nächsten Landtagswahlen eine Niederlage zuzufügen. Die Führung der Kongresspartei hatte alle Mühe, ihren lokalen Ableger von allzu direkter Kooperation mit der BJP abzubringen, um ihr säkulares Image nicht zu gefährden. Allerdings wurde die Platzierung gemeinsamer Kandidaten von Kongresspartei und Trinamool Congress gutgeheissen. Die sich damit abzeichnende Gefährdung ihrer Machtbehauptung machte verständlicherweise die jahrzehntelang regierenden Linkskräfte nervös. Im August griffen in Westbengalen lokale kommunistische Kader Anhänger des Trinamool Congress an und weiteten diese Angriffe auch auf darüber berichtende Journalisten aus. Bei den im Mai stattfindenden Kommunalwahlen wurden verschiedentlich Wahlfälschungen entdeckt, die zu Wahlwiederholungen führten. Die Anführerin des Trinamool Congress rief nach Verhängung der Direktverwaltung durch die Zentrale (nach Art. 356), da die örtliche Polizei den Übergriffen tatenlos zusah. Die Zentralregierung entsandte Verteidigungsminister Fernandes zur Untersuchung der *law-and-order*-Situation. Die regierende Kommunistische Partei rief Chefminister Basu zur Abwendung drohenden Ungemachs auf, sein Amt bis nach den Wahlen wahrzunehmen. Er nahm freilich Anfang November seinen Abschied. Zu seinem

Nachfolger wurde Bhuddadeb Bhattacharya bestimmt, ein intellektueller Literat mit Berührungängsten gegenüber dem Unternehmertum, dies in einem Bundesstaat, der finanziell schwer angeschlagen ist, dessen Staatsunternehmen sich mehrheitlich dem Bankrott näherten und der seit 1994 (mehr oder weniger vergeblich) um ausländische Investitionen geworben hat.

Bedeutsamer war der Showdown zwischen der Zentralregierung und ihrem bisherigen Partner, der radikalen Shiv Sena, in Maharashtra. Deren Führer Bal Thackeray wurde Ende Juli verhaftet (wegen seiner Beteiligung an den Ausschreitungen in Mumbai und Umgebung 1992/93), ein angesichts seiner Drohung, Indien in diesem Fall in Brand zu stecken, und angesichts seines zur Mithilfe entschlossenen Anhangs relativ kühnes Unterfangen, das pikanterweise von einem früheren politischen Zögling Thackerays vorangetrieben wurde. Es war ein Reflex des sich schon seit längerem abkühlenden Verhältnisses zwischen BJP und Shiv Sena (die einstmals zusammen die Regierung in Maharashtra stellten). Schon wenige Monate vorher hatten sich die beiden Parteien nicht mehr auf gemeinsame Kandidaturen bei den Kommunalwahlen einigen können. Danach kam nur ein mühevoller Burgfrieden zustande, weil sich die BJP nicht auf den gemeinsamen Sturz der oppositionellen Landesregierung einlassen wollte. Mitglieder der Shiv Sena in der Zentralregierung blockierten daraufhin den Fortgang der Wirtschaftsreformen und traten vor der drohenden Verhaftung ihres Führers zurück. Das Drohpotenzial dieser Partei war freilich ziemlich klein; die BJP benötigte sie nach den letzten Wahlen nicht mehr zum Erhalt ihrer Mehrheit. Thackeray wurde wenige Zeit später wieder auf freien Fuß gesetzt, das Gerichtsverfahren gegen ihn als verjährt aufgehoben. Die der Shiv Sena angehörenden Minister machten ihre Demission rückgängig.

4 Waffenstillstand in Kaschmir

In Kaschmir spitzte sich die Sicherheitslage Anfang 2000 erneut zu. Vier Tage vor einer Konferenz zur Verbesserung der Sicherheitslage in diesem Bundesstaat griffen Terroristen ein Armeelager im Kaschmirtal an und bewiesen damit ihre nicht nachlassende Entschlossenheit. Der auf dieser Konferenz verabschiedete Aktionsplan erhielt nichts Neues, sondern sah die Bildung eines (schon bestehenden) Hauptquartiers aller Sicherheitskräfte und die Aushebung neuer Aufstandsbekämpfungstruppen vor, freilich nichts, um die Herzen der Kaschmiris zu gewinnen. Die etwa 2.000 Militanten, die dort agierten, erwiesen sich als sehr viel besser geschult, bewaffnet und finanziert (von ihren pakistanischen Gesinnungsgenossen). Sie erhielten Zulauf, weil die Jugendlichen im Lande kaum Beschäftigungschancen hatten. Das hing auch damit zusammen, dass sich die Landesregierung unter Farooq Abdullah darauf konzentrierte, Arbeitsplätze an ihre Anhänger im öffentlichen Dienst zu verteilen,

sich nicht einmal zur Beseitigung der Kriegsschäden fähig zeigte und das Land finanziell und wirtschaftlich herunterwirtschaftete. Zur Kompensation ihrer mangelhaften Leistung intensivierte die Landesregierung ihr Verlangen nach vollständiger Autonomie, wogegen sich harter Widerstand der BJP erhob, die sich ja eigentlich bereits für die Abschaffung des bisherigen, verwässerten Autonomiestatuts eingesetzt hatte.

Ende März, rechtzeitig vor dem Staatsbesuch Präsident Clintons, hatten Militante ein Massaker unter den Sikhs angerichtet, die nun nach der fast vollständigen Vertreibung der Hindus aus dem Kaschmirtal zur nächsten Zielscheibe wurden. Die Zentralregierung reagierte – um sich die Chance nicht zu verscherzen, die USA für ihre Position im Konflikt zu gewinnen – relativ moderat und erklärte den Bundesstaat nicht zur *disturbed area*. Die Sicherheitskräfte verfahren aber bei der Suche nach den Schuldigen nicht gerade zimperlich und töteten auch Unbeteiligte. Wütende landesweite Proteste wurden mit Ausgangssperren, aber auch der Einsetzung einer gerichtlichen Untersuchungskommission beantwortet. Später nutzte die indische Regierung das für sie günstige internationale Klima in der Kashmirfrage, um die Hauptvertretung der Rebellen, die All Party Hurryat Conference, in einen politischen Dialog einzubinden. Dabei sollten die Umriss einer Autonomielösung diskutiert werden. Etliche Militante waren vorher aus dem Gefängnis entlassen worden. Die Hurryat-Führer wurden nach Delhi eingeladen, die Armee wurde angewiesen, die Operation gegen die moderaten Sezessionisten einzustellen. Die größte Rebellengruppe antwortete mit einem einseitigen Waffenstillstand, der für zunächst drei Monate angesetzt wurde. Um nicht von den Hurryat-Führern ausmanövriert zu werden, präsentierte die kaschmirische Landesregierung kurz danach einen eigenen Autonomiebericht, der im Landtag diskutiert und mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Die Bevölkerung in den nichtmuslimischen Landesteilen lehnte den Bericht aber ab und ging auf die Straße. Allgemein wurde die Initiative der Landesregierung als politisches Ablenkungsmanöver wahrgenommen. Sie wurde von der Zentralregierung zurückgewiesen, also auch von den regionalistischen Koalitionspartnern der BJP.

Leider endete der einseitige Waffenstillstand schon am 8. August. Er war bei den Rebellengruppen nicht unumstritten geblieben. Die am stärksten von Pakistan geförderten Gruppen lehnten ihn naturgemäß ab. Von indischer Seite war die Gesprächsbereitschaft nämlich auch durch das Ziel motiviert, einen Keil zwischen die relativ kriegsmüden Rebellen aus Kashmir selbst und die zahlen- und kampfmäßig stärker werdenden Söldner zu treiben und Pakistan von Lösungsgesprächen auszuschließen. Die moderaten Gruppen kündigten schließlich den Waffenstillstand auf, um nicht noch mehr Anhänger an die die Militanten zu verlieren. Aus Pakistan wurden in der Folge vermehrt Freiwillige eingeschleust, um die Moral des kriegsmüden Restes zu heben. Am 26. November verkündete die indische Regierung nun ihrerseits einen einseitigen

Waffenstillstand, der Pakistan als Störenfried einer lokalen Einigung bloßstellen und – damit zusammenhängend – einen Keil zwischen die separatistischen Gruppen treiben sollte. Die radikalen Gruppen griffen daraufhin verstärkt die Sicherheitskräfte an, um sie zu Repressalien zu nötigen. Als aber auch Pakistan seinen Grenztruppen Zurückhaltung auferlegte, um einen sinnvollen Dialog zu erleichtern, und Vertreter der Rebellengruppen nach Islamabad einlud, um Gespräche zwischen den drei Konfliktpartien vorzubereiten, begann sich die Sicherheitslage in Kashmir deutlich zu entspannen.

Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2001

Politik
Wirtschaft
Gesellschaft

Redaktioneller Beirat:

Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Dietmar Rothermund
Dr. Christian Wagner

Beiträge von:

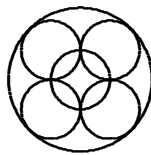
Joachim Betz	Citha D. Maaß
Jagdish P. Bhati	Sonja Majumder
Elfriede Bierbrauer	Nina V. Michaelis
Dirk Bronger	Joachim Oesterheld
Jona Dohrmann	Helmut Reifeld
Alexander Fischer	Hans Christoph Rieger
Sushila Gosalia	Dietmar Rothermund
Michael von Hauff	Michael Schied
Heinrich Kreft	Ralf Schmid
Claudia Kruchten-Weinrich	Christian Wagner
Beate Kruse	Martin Z. Wilderer
Jürgen Lütt	Wolfgang-Peter Zingel



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung in L^AT_EX auf Linux: Ruth Cordes, Wiebke Timpe
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-267-0
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2001



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 - Fax: (040) 42834 512).